

Zur Politisierung internationaler Institutionen

Der Fall G8

Ob, inwiefern und warum man von einer zunehmenden Politisierung internationaler Institutionen sprechen kann, wird intensiv diskutiert. Der vorliegende Beitrag will diese Diskussion anhand des Beispiels der G8 empirisch unterfüttern. Dabei wird deutlich, dass im Gegensatz zu jüngeren Vermutungen, dass vor allem Prozesse der Trans- und der Supranationalisierung zu Politisierung führen, sich gerade die G8 als intergouvernementale Institution Legitimationsanforderungen und Prozessen der Politisierung ausgesetzt sieht. Trans- und Supranationalisierung sind also keine hinreichende Erklärung für die Politisierung internationaler Institutionen; andere Faktoren wie die Symbolhaftigkeit und die Übersichtlichkeit einer Institution sowie ihre diskursiv vermittelte Allzuständigkeit müssen in Rechnung gestellt werden.

1. Einleitung¹

Für kurze Zeit stand das sonst meist recht beschauliche Seebad Heiligendamm im Juni 2007 im Fokus der Weltpolitik. Gastgeber Deutschland hatte Heiligendamm als Ort für das 33. Gipfeltreffen der Gruppe der Acht (G8) gewählt und die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, Russlands und der USA waren der Einladung von Angela Merkel an die Ostseeküste gefolgt, um globale Probleme zu beraten, allen voran Globalisierungseffekte und Klimawandel. Doch nicht nur die politischen Eliten richteten ihre Aufmerksamkeit auf Heiligendamm, auch die internationale Öffentlichkeit beobachtete das Geschehen intensiv und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen begleiteten den Gipfel vor Ort. Mindestens 60.000 Demonstranten aus vielen Ländern waren über mehrere Tage hinweg an den Protesten gegen eine ihrer Ansicht nach verfehlte Weltpolitik der G8 beteiligt.

Diese Konfrontation mit umfangreichen und intensiven Protesten ist nichts Neues für G8-Gipfel. Spätestens seit 1998, als der Gipfel von Birmingham Zielscheibe der Kampagne »Jubilee 2000« wurde, die auf die Entschuldung Afrikas hinarbeitete, kam es aus Anlass der G8-Treffen regelmäßig zur Mobilisierung mehrerer 10.000 Demonstranten. Einen Höhepunkt in Anzahl und Intensität der Proteste bildete im Jahr

1 Der vorliegende Artikel ist im Rahmen des Forschungsprojekts »Legitimationswandel durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung: Auf dem Weg zu postnationaler und postdemokratischer Legitimation?« am DFG-geförderten Sonderforschungsbereich 597 »Staatlichkeit im Wandel« der Universität Bremen entstanden. Die Autoren und Autorin danken Zuzana Krell-Laluhová, Dominika Biegoń und Henning Schmidtke für Unterstützung bei der Auswahl und Codierung des empirischen Materials und ihre hilfreichen Kommentare.

2001 der Gipfel von Genua, wo an den z. T. gewalttätigen Demonstrationen (im Zuge derer der Demonstrant Carlo Giuliani zu Tode kam) mindestens 200.000 Menschen teilnahmen. Doch auch an den weitgehend friedlichen Protesten anlässlich des Gipfels im britischen Gleneagles 2005 war eine vergleichbare Anzahl von Personen beteiligt.

Diese Geschichte der Proteste gegen die G8 deutet darauf hin, dass hier ein bemerkenswerter Politisierungs- und Delegitimierungsprozess in der Sphäre internationaler Politik vorliegt. Offenbar wird die Legitimität dieses Gipfelregimes und seiner Politik energisch bestritten, ja man kann begründet behaupten, dass keine andere politische Mobilisierung gegen eine Einrichtung der internationalen Politik ein solch dauerhaft hohes Niveau erreicht hat wie die gegen die G8-Gipfel. Nur vereinzelt erreichte das internationale Protestniveau ein ähnliches Ausmaß, so etwa angesichts der WTO-Konferenz von Seattle im November 1999 oder des Treffens von IWF und Weltbank 1988. Keine internationale Einrichtung stieß aber in einem Zeitraum von wenigstens zehn Jahren auf einen derart wiederkehrenden und dauerhaften Widerstand wie die G8.

Die G8 könnte daher als herausragender Fall eines Prozesses gelten, der in jüngster Zeit vermehrt die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher Diskussionen sowohl im Bereich der Internationalen Beziehungen als auch der Europäischen Integration (Zürn et al. 2007; Hooghe/Marks 2009) auf sich gezogen hat: die Politisierung internationaler Institutionen. Spätestens mit den Protesten gegen die G8 und den gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sind politische Institutionen jenseits des Nationalstaates nicht nur mit ihren *policies*, sondern auch in ihrer institutionellen Verfasstheit Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Über diese erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit internationaler Institutionen scheint in der wissenschaftlichen Debatte Übereinstimmung zu herrschen. Umstritten sind aber Annahmen über die Ursachen dieses Prozesses, wobei sich hinter diesen Kontroversen auch unterschiedliche Verständnisse des Begriffs der Politisierung zeigen: Modernisierungsansätze gehen davon aus (Inglehart/Welzel 2005), dass eine zunehmende kognitive Mobilisierung immer breiterer gesellschaftlicher Schichten in Verbindung mit einer sich globalisierenden Medienlandschaft zu einer steigenden Politisierung führt. Eine stärker die Rolle von Deliberationen denn Informationen betonende Forschungsrichtung unterstützt die These, dass die Ausweitung von »Inseln« rationalen Argumentierens in den internationalen Beziehungen zugleich Räume für Politik anstelle des bloßen Einsatzes von (Macht-)Mitteln eröffnet (Deitelhoff 2007). Andererseits wird gerade das enorme Machtungleichgewicht innerhalb wie außerhalb der OECD-Welt als Erklärungsfaktor für die zunehmende Politisierung internationaler Institutionen herangezogen (Nölke 2007). Lisbet Hooghe und Gary Marks (2009) erklären Politisierungsprozesse aus der Spannung zwischen fortschreitender Supranationalisierung und relativ stabil bleibenden kollektiven Identitäten.

Besonders prominent ist allerdings eine These von Michael Zürn und anderen (Zürn et al. 2007; Ecker-Ehrhardt/Zürn 2007), die die Politisierung internationaler Institutionen und ihren steigenden Legitimationsbedarf in eine enge Verbindung zum allmählich wachsenden Grad an Supra- und Transnationalisierung dieser Institutionen bringen (kritisch hierzu u. a.: Brock 2007; Nölke 2007; Wiener 2007). Erstens, so die

Überlegung von Zürn und seinen Ko-Autor(inn)en, habe das System der internationalen Institutionen des Nachkriegsregimes (v. a. Bretton Woods und die UN) ein bis dahin ungekanntes Maß an Verregelung der internationalen Sphäre mit sich gebracht, wodurch es sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf der Ebene politischer Problemlagen zu Denationalisierungsprozessen gekommen sei. Im Sinne einer nicht intendierten Nebenfolge sei so allmählich der Grad der Supranationalisierung (verstanden als Abweichung vom Einstimmigkeitsprinzip rein vertraglicher Beziehungen zwischen souveränen Nationalstaaten) und Transnationalisierung (definiert als Aufbau globaler Regime durch nicht-staatliche Akteure) gestiegen. Denn in dem Maße, wie internationale Institutionen neue weltgesellschaftliche Problemlagen bearbeiten, »erhöht sich die Nachfrage nach supranationalen und transnationalen Komponenten« (Zürn et al. 2007: 138). Die Supra- und Transnationalisierung bewirke nun zweitens, dass die internationalen Institutionen für gesellschaftliche Gruppen zu immer wichtigeren Bezugspunkten und schließlich zu »zentralen Bestandteilen einer normativ gehaltvollen Ordnung« (Zürn et al. 2007: 139) würden. Als solche bedürften sie auch der Legitimation. Im Gefolge dieses steigenden Legitimationsbedarfs, der nur dort auftrete, wo Institutionen von Global Governance jenseits intergouvernementaler Kooperation entstanden sind, komme es zu Politisierungsprozessen, zu Kritik, Protest und Widerstand, wodurch der reale Legitimationsdruck steige, Anforderungen an Demokratie und Partizipation zu entsprechen.

Bei Zürn et al. (2007: 160) wird durchaus gesehen, dass sich politischer Protest recht ungleich auf die verschiedenen internationalen Institutionen verteilt und insbesondere kaum transnationale Institutionen betrifft (vgl. auch Nölke 2007: 198). Doch die zweite, die Politisierungsthese, muss nicht nur weiter differenziert werden, sie ist im Kern empirisch unzutreffend: Es sind nicht so sehr die transnationalen bzw. supranational gestalteten internationalen Institutionen, die dauerhaft und im besonderen Maße unter Legitimationsdruck stehen, die in Politisierungsprozesse hineingezogen oder -geführt werden und massive Proteste erdulden müssen, sondern vor allem eine Einrichtung, die klassisch intergouvernementalen Charakter hat: die G8. Der Politisierungsprozess, so unsere *Gegenthese*, setzt gerade bei modernisierten Formen klassisch intergouvernementalen Regierens ein. Die G8 provoziert mehr als jede andere internationale Institution die internationale Protestöffentlichkeit. Zugleich bildet sie aber unter den einflussreichen internationalen Institutionen insofern einen Sonderfall, als sie eben gerade *nicht* den von Zürn und seinen Koautor(innen) beschriebenen Supra- und Transnationalisierungsprozessen unterworfen ist. Stattdessen wird die G8 im Allgemeinen als intergouvernementale Institution eingeordnet und dabei insbesondere mit den Institutionen der klassischen Diplomatiepolitik von Großmächten verglichen, etwa dem Konzert der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert (Dobson 2007: 2). Die G8 als »merkwürdiges« Element (Dobson 2007: xvi) im Institutionengefüge der internationalen Beziehungen passt nicht so recht zum Zürnschen Forschungsprogramm und kann auch von Modernisierungstheorien nicht umfassend erklärt werden. Wenn Politisierung und Legitimationsfragen sich in höchstem Maße an intergouvernementalen Institutionen entzünden und diese dauerhaft begleiten, ist die Zürnsche Überlegung, »dass intergouvernementale Institutionen zur Verregelung von

zwischenstaatlichen Problemlagen im Zuge der gesellschaftlichen Denationalisierung zugunsten von supra- und transnationalen Institutionen an Bedeutung verlieren« (Zürn et al. 2007: 149), zwar vielleicht für die *policy*-Dimension von Politik zutreffend, nicht aber für die *politics*-Dimension, in der es um Macht- und Legitimationsfragen geht. Politisierung und Steigerung von Legitimationsanforderungen spielen sich auch und gerade dort ab, wo intergouvernementale Regierungsformen wirksam sind. Im Fall der G8 liegen die Gründe dafür, so unser Argumentationsziel, in der medial transportierten Allzuständigkeit dieser Regierungsform sowie in ihrer hohen Symbolhaftigkeit und der damit einhergehenden Übersichtlichkeit im Vergleich zu komplexeren, meist funktional spezialisierten internationalen Institutionen. Eine Verknüpfung von Trans- und Supranationalisierung mit dem Auftreten von Politisierung und Legitimationsauseinandersetzungen greift hingegen zu kurz.²

Ziel dieses Beitrags ist es, angesichts des aktuellen Fehlens eines systematischen Vergleichs zwischen internationalen Einrichtungen an einem Fall, der G8, als einer Art Falsifikationsinstanz, aufzuzeigen, dass besonders intensive Politisierungsprozesse gerade bei einer intergouvernementalen Einrichtung auftreten.³ In einem ersten Schritt führen wir aus, was die G8 als Institution ausmacht und inwiefern sie ein widerständiges Element für Analysen bildet, die mit Supra- und Transnationalisierung argumentieren (Abschnitt 2). Anschließend (Abschnitt 3) wollen wir einen Beitrag zur näheren Bestimmung des Begriffs Politisierung leisten und insbesondere zeigen, dass konflikthafte Legitimationskommunikation ein wesentlicher Aspekt von Politisierung ist. Nach einigen kurzen Anmerkungen zum Forschungsdesign und zur Methode (Abschnitt 4) folgt dann (Abschnitte 5 bis 7) die Darstellung der Ergebnisse einer Studie, die sich der Politisierung der G8 über die Untersuchung von Legitimationskommunikation in der Öffentlichkeit annähert.

Wir wollen dadurch den Befund, dass die G8 politisiert wird, erhärten und die genaue Form dieser Politisierung in Legitimationskämpfen nachzeichnen. Das heißt insbesondere, dass wir einerseits die Argumente, mit denen diese Kämpfe ausgefochten werden, rekonstruieren und dass wir andererseits untersuchen, wer die argumentierenden Konfliktparteien sind. Der Blick auf die Legitimationskommunikation eröffnet dabei eine neue, besonders aussagekräftige Perspektive. Denn so imposant die eingangs genannten Zahlen des Protests auch sind: Sie können nur als ein Indiz für die Politisierung und für eine Diskussion der Legitimität der G8 (als Element im Feld internationaler Institutionen) verstanden werden. Demonstrationsintensität sagt nämlich zunächst nur etwas über die politische Relevanz einer Institution für eine

2 In einer weiteren Perspektive könnte man beispielsweise auch die Kritik an den USA und ihrer Hegemonie bzw. ihrem *Imperialismus* als Ausdruck einer Politisierung des internationalen Systems betrachten, aus der sich Legitimationsansprüche ergeben. Der Neuigkeitsgrad von Legitimationsfragen im internationalen System scheint uns geringer zu sein, als die aktuelle Konjunktur des Themas in der Politikwissenschaft vermuten lässt.

3 Für die Überprüfung der These, dass es bei internationalen Institutionen einen Zusammenhang zwischen einer bestimmten strukturellen Entwicklung (Trans- bzw. Supranationalisierung) und dem Phänomen der Politisierung gibt, stellt die G8 also einen *critical case* dar, weil sie eben dieser strukturellen Entwicklung bislang nicht unterliegt. Vgl. zur Auswahl von *critical cases* Gerring/Seawright (2007).

vergleichsweise kleine und aktive Gruppe der Zivilgesellschaft aus. Über die breitere Anerkennung von politischer Relevanz und Legitimität einer Institution können wir hingegen mehr erfahren, wenn wir die Debatten der medialen Öffentlichkeit betrachten. Dasselbe gilt für die wichtigsten Argumentationsmuster der Legitimation und Delegitimation. Über einen Zeitraum von zehn Jahren wird daher der G8-Legitimationsdiskurs der meinungsführenden Tagespresse analysiert. Die Ergebnisse gewinnen dadurch an Erkenntniswert, dass sie international vergleichend in vier medialen Öffentlichkeiten gewonnen wurden: jenen Deutschlands, Großbritanniens, der Schweiz und der USA. In einem kurzen Fazit (Abschnitt 8) fassen wir die Ergebnisse der Studie zusammen und geben Hinweise auf eine Weiterführung der Forschungsagenda zu Fragen der Politisierung.

2. Die G8: Eine klassisch intergouvernementale Institution?

Betrachtet man unseren Untersuchungsgegenstand, die G8, genauer, so fällt rasch auf, dass es sich nicht um eine gewöhnliche internationale Institution handelt. Ja sogar, ob man es überhaupt mit einer Institution zu tun hat, ist mit guten Gründen bezweifelt worden. Denn die G8 verfügt weder über eine Charta noch über eine formale Geschäftsordnung, sie kennt weder ein geregeltes Aufnahme- noch ein Ausschlussverfahren für ihre Mitglieder, sie hat weder einen klar abgegrenzten Aufgabenbereich noch einen formalen Entscheidungsmechanismus, und nicht zuletzt verfügt sie weder über eigene Finanzen noch über Mittel, ihre Beschlüsse auch gegen Widerstand durchzusetzen (Dobson 2007: xv-xvi; Gstöhl 2007). Trotz dieser Einschränkungen wird die G8 jedoch sowohl von der Wissenschaft oft als bedeutende internationale Institution verstanden⁴ als auch von den Medien regelmäßig als eine Art Zentralinstitution der Global Governance konstruiert (selbst im Konkurrenzverhältnis zur UNO). Als ein Grund für die unterschiedlichen Einschätzungen der G8 kann ihre spezifische institutionelle Ausgestaltung gelten. Einen institutionellen Rahmen besitzt die G8 durchaus. Dieser ist allerdings stark an die nationalen Bürokratien gebunden. Nach ihrem Reformgipfel in Birmingham 1998 hat sich die G8 eine Parallelstruktur geschaffen, die die jährlichen Treffen im Format der »heads only« und einen kontinuierlich gewachsenen institutionellen Unterbau zeitlich voneinander entkoppelt. Neben den jährlichen Treffen der Regierungschefs, die als »G8-Treffen« bzw. »G8 summit« erwartungsgemäß die größte mediale Aufmerksamkeit erfahren, finden regelmäßige Treffen auf verschiedenen Fachministerebenen (z. B. Außen-, Finanz- oder Umweltminister) statt. Zudem stehen die G8-Sherpas – vormals Unterhändler der G7, heute eine eigenständige Akteursgruppe im G7/8-System – im beständigen Kontakt untereinander und treffen sich bis zu fünf Mal innerhalb der jährlich rotierenden G8-Präsidentschaft. Sowohl die Fachminister als auch die Sherpas

4 Wenngleich der Institutionenbegriff oft umgangen wird; vgl. z. B. Fratianni et al. (2007: 6f): »The G8 is thus emerging, in terms of the new corporate governance agenda, as the global governor of first and last resort«.

setzen teilweise eigene, von den G8-Treffen unabhängige thematische Schwerpunkte.⁵ Insgesamt sind organisatorische Strukturen jedoch nach wie vor nur auf nationaler Ebene vorhanden, doch durch die Vernetzung spezialisierter nationaler Spitzenbürokratien entsteht eine internationale Institution, die 365 Tage im Jahr funktionstüchtig ist (Gstöhl 2005: 407). Die G8 verfügt zwar nicht über etablierte Stäbe oder auch nur Standardprozeduren zur Umsetzung von Beschlüssen ihrer Konferenzen, die im Einstimmigkeitsmodus gefasst und meist in den Abschlussdokumenten niedergeschrieben werden. Für die Umsetzung spielt aber die Kooperation mit anderen internationalen Institutionen eine entscheidende Rolle. Die G8 greift je nach Politikbereich auf Institutionen wie den IWF, die Weltbank, die OECD und auch die UNO zurück. Mitunter werden auf Anregung der G8 sogar eigene *Task Forces* bei diesen Institutionen neu eingesetzt (so etwa die 1989 im Rahmen der OECD entstandene *Financial Action Task Force*, Gstöhl 2007: 25). Der Zugriff auf die anderen internationalen Institutionen ist nur deshalb möglich, weil sich im G8-Kreis beträchtliche Machtressourcen bündeln, neben der ökonomischen Stärke insbesondere knapp die Hälfte der Stimmrechte in IWF und Weltbank sowie vier von fünf ständigen Sitzen im UN-Sicherheitsrat.

Fehlende Eigenorganisation und institutionelle Verfestigung durch eine Mischung aus Vernetzung und Tagungsevents sind Hauptcharakteristika der G8. Hinzu kommt die in hohem Umfang variable Agenda dieser Einrichtung.⁶ Im Unterschied zu fast allen anderen internationalen Regimen und Organisationen schreibt sich die G8 mittlerweile eine thematische Allkompetenz zu. Auf den G8-Gipfeln tauschen sich die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrieländer und Russlands jeweils über eine Fülle internationaler Fragestellungen aus. Während die G8 zunächst – beim ersten Treffen 1975 in Rambouillet, damals noch ohne Kanada und Russland als G6 – als Forum konzipiert war, das weltwirtschaftliche Probleme beraten sollte, weitete sich die Agenda schon zu Beginn der 1980er Jahre hin zu Sicherheitsfragen und im Verlauf der 1990er und 2000er Jahre zu Fragen der Entwicklungspolitik, der Terrorismusabwehr und der Umweltpolitik. Dass die G8-Agenda nicht fixiert ist, zeigt sich auch daran, dass häufig sehr kurzfristig aktuelle weltpolitische Probleme auf die Tagesordnung kommen. Somit lässt sich die G8 zusammenfassend als eine Knotenpunktinstitution beschreiben, deren besondere Fähigkeit im Zugriff auf ein breites Themenspektrum, in der Bündelung von Handlungsmacht und in Zugriffsmöglichkeiten auf andere internationale Institutionen sowie in der flexiblen Delegation der Themenbearbeitung an spezialisierte Institutionen besteht. Sie eignet sich die thema-

5 Einen nach wie vor aktuellen Überblick über die Struktur des G7/8-Systems gibt Bayne (2005). Unter <http://www.g8.utoronto.ca/meetings.html> (23.4.2009) befindet sich eine Auflistung der regelmäßig oder ad hoc stattfindenden Ministertreffen, unter <http://www.g8.utoronto.ca/sherpas/> (23.4.2009) eine Auflistung der Treffen der (Sous-)Sherpas. Im Zuge des Heiligendamm-Prozesses hat sich eine wenig institutionalisierte Kooperation mit den »Outreach Five«, Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika, verstärkt, vgl. z. B. Cooper (2008). Im Zuge der Finanzkrise gewinnt die G-20 an Bedeutung.

6 Die Agendasetzung obliegt dem jeweiligen nationalen Vorsitz der G8 und wird im Vorfeld durch die Sherpas diskutiert. Zum Teil werden bestimmte Themen zyklisch wieder aufgerufen, also nach auf den Gipfeltreffen festgelegten Zeitspannen erneut erörtert.

tische Allzuständigkeit als typisches Merkmal nationalstaatlicher Gebietskörperschaften an, steht aber mit dem Fehlen eigener Organisation und Administration am Gegenpol zu jeder Form staatlich verfasster Politik. Ein weiteres Merkmal der G8 ist ihre hochgradig ritualisierte und symbolische Politik, die sich beispielsweise auf den Familienfotos im Strandkorb (Heiligendam 2007) oder bei der tatkräftigen und medial inszenierten Pflanzung von Bäumen im Zeichen des Klimawandels (Hokkaido 2008) zeigt.

Aus dieser Beschreibung der G8 lässt sich ersehen, dass sie gänzlich frei von Elementen der Supra- und Transnationalisierung ist. Supranationalisierung definieren Zürn et al. (2007: 141) als »einen Prozess, bei dem internationale Institutionen einzelne Komponenten wie Mehrheitsentscheidungen oder Schiedsgerichtsbarkeit entwickeln, die sich von dem zwischenstaatlichen Konsensprinzip lösen und mithin eine Obligation einzelner Mitglieder entsteht, Maßnahmen auch dann zu implementieren, wenn sie selbst nicht zustimmen.« In diesem Sinne kann die G8 keinesfalls als supranationale Institution gelten: Nicht nur arbeitet sie nach wie vor auf Basis des Einstimmigkeitsprinzips, auch ihre Beschlüsse sind nicht bindend im Sinne einer einklag- oder auch nur sanktionierbaren Obligation. Noch weniger Anhaltspunkte gibt es dafür, die G8 als transnationale Institution zu verstehen, da in solchen Institutionen definitionsgemäß nichtstaatliche Akteure bei politischen Entscheidungen maßgeblich mitbestimmen (Zürn et al. 2007: 141). Nein, auch wenn keine völlige Einigkeit darüber besteht, wie die G8 als Institution zu rubrizieren ist –, zu finden sind z. B. Vorschläge wie Gipfelregime (Gstöhl 2005: 406) oder »world's biggest think tank on global governance« (Dobson 2007: xvii) – die Beschreibung als supra- oder transnationalisierte Institution trifft nicht zu. Es ist vielmehr naheliegend, die G8 als rein intergouvernementale Institution, als Institution einer klassischen, auf diplomatischen Beziehungen zwischen Nationalstaaten beruhenden Außenpolitik zu charakterisieren – und damit als Überbleibsel einer vielleicht nur vermeintlich alten Ordnung. In diesem Sinne passt die G8 weder in das Erklärungsschema des Zürnschen Forschungsprogramms, noch kann es umfassend von Modernisierungsansätzen erklärt werden.

3. Politisierung und Legitimation

Es stellt sich also die Frage nach dem Ausmaß und der Gestalt der Politisierung der G8. Politisierung ist ein Begriff, der für die Thesen von Zürn et al. (2007, 2008) sowie Hooghe und Marks (2009) eine zentrale Rolle spielt, allerdings ohne dass er in einer Weise definiert wäre, die sich für empirische Überprüfungen hinreichend eignen würde. Ehe wir uns dem empirischen Diskursmaterial zuwenden, gilt es folglich noch genauer zu klären, wonach wir dort suchen, wenn wir »Politisierung« untersuchen. Grundlegend für den hier verwendeten Begriff der Politisierung ist ein konfliktorientierter Begriff des Politischen, der allerdings zugleich die Notwendigkeit mitdenkt, dass *gemeinsame* Entscheidungen über *gemeinsame* Angelegenheiten getroffen werden müssen. Das Politische begreifen wir somit als Regelmäßigkeit sozialen Handelns, bei der über das für alle Beste, das Gemeinwohl, konflikthaft verhandelt wird

(Nonhoff 2006: 109). In einer sehr grundlegenden Weise kann man Politisierung dementsprechend verstehen als das Umstritten-Machen des vermeintlich Gesetzten, Natürlichen oder Normalen hinsichtlich des gemeinen Besten.⁷ Wenn eine Institution oder die Politik dieser Institution derart interpretiert werden, dass sie als gar nicht oder nicht in hinreichender Weise einem Gemeinwohl, das im Zuge der Institutionenkritik zugleich erst verfertigt oder spezifiziert wird, zuträglich erscheinen, kann man somit von der Politisierung dieser Institution sprechen. Jenseits dieser grundlegenden Definition erfolgt die Annäherung an den Begriff der Politisierung, wie wir ihn hier verstehen wollen, nun in drei Schritten: (a) eine Präzisierung dessen, was mit Politisierung gemeint ist; (b) die Klärung des Verhältnisses von Politisierung und Legitimität bzw. Legitimation; (c) die Erläuterung der einzelnen Elemente von Politisierung, die wir anschließend empirisch erfassen möchten.

Betrachten wir zuerst den Begriff der Politisierung. Zürn et al. definieren Politisierung als einen Prozess, »in dessen Folge gesellschaftliche Akteure, seien sie national oder transnational organisiert, vermehrt Ansprüche an das Regieren jenseits des Nationalstaats richten. Im Ergebnis führt dies zu einer Pluralisierung der Akteure und Positionen in internationalen Institutionen« (Zürn et al. 2007: 149). Der zweite Satz dieser Definition verdeutlicht, dass man von einer Politisierung sprechen kann, wenn sich die »Logik« einer Institution, d. h. ihre regelmäßigen und anerkannten internen Operationsmuster so verändern, dass die Institution im Rahmen ihrer Zielverfolgung und Funktionserfüllung verschiedenen Positionen Raum gibt und über den Konflikt zwischen diesen Positionen zu Lösungen kommt. Die Institution organisiert sich also so, dass man vom Vorherrschen der Logik des Politischen sprechen kann. Das klassische demokratische Verfahren der Austragung von Konflikten sind regulierte Debatten und Mehrheitsentscheide. Will man den Gegenstand eines solchen Verständnisses von Politisierung untersuchen, muss man institutionell geregelte Verfahren und das Handeln von Akteuren in diesen Verfahren analysieren. Im ersten Satz der Definition wird aber ein noch grundlegenderes Verständnis von Politisierung angedeutet. Hier ist Politisierung ein Prozess, in dessen Folge Akteure vermehrt Ansprüche »an das Regieren« richten. Die hier noch etwas unklare Formulierung wird deutlicher, wenn Zürn et al. an anderer Stelle von enttäuschten Ansprüchen und dem daraus resultierenden Widerstand gegen internationale Institutionen sprechen (2007: 150). Unter Politisierung sind dann Prozesse zu verstehen, in denen eine Institution in Frage gestellt wird.

Wir orientieren uns im Folgenden insbesondere an diesem Teil der Definition, also an den Herausforderungen, die für Institutionen durch gestiegene gesellschaftliche Ansprüche und durch Infragestellungen entstehen. Den anderen Aspekt, also die Pluralisierung von Positionen in einer Institution und die damit einhergehende Intensivierung intra-institutioneller Konflikte, berührt unsere Untersuchung nicht. Unter Politisierung wollen wir also Prozesse verstehen, in denen eine Institution, sei es

7 Ganz ähnlich spricht etwa Philippe C. Schmitter von »politicization« als »increasing controversiality of joint decision making« (Schmitter 1969: 166), eine Definition, die auch in jüngsten Debatten zur Politisierung der Europäischen Union wieder eine Rolle spielt (vgl. Hooghe/Marks 2009).

grundsätzlich in ihrem Bestand oder in ihrer spezifischen Form und Funktion, in Frage gestellt wird. Wenn eine Institution grundsätzlich oder in einem spezifischen Aspekt ihres Wirkens als dem allgemeinen Besten nicht zuträglich dargestellt wird, wenn sie deshalb als *veränderbare* und als *zu verändernde* Institution in Erscheinung tritt, und wenn zugleich (innerhalb oder außerhalb der Institution) Beharrungskräfte ausgemacht werden, die im Zuge der Veränderung überwunden werden müssen, dann kann man von der Politisierung dieser Institution sprechen.⁸ Empirisch zeigt sich Politisierung insbesondere dann, wenn Akteure, die einer politischen Institution nahe stehen bzw. in ihr mitwirken, diese verteidigen, während sie insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteuren und der veröffentlichten Meinung attackiert wird.

Wenn die Politisierung von Institutionen stets auch mit ihrer Infragestellung einhergeht, liegt es nun zweitens auf der Hand, nach den Kriterien dieser Infragestellung und damit nach der Legitimation oder genauer: der fehlenden Legitimation dieser Institutionen zu fragen. Entsprechend gehen auch Zürn et al. vor, die ihre Politisierungsdiskussion eng mit der Frage verknüpfen, nach welchen Kriterien die Legitimität internationaler Institutionen behauptet oder verneint werden kann (vgl. Zürn et al. 2007: 154-157). »Legitimationsdruck« gilt mithin als ein Kennzeichen von Politisierung (Zürn et al. 2007: 139). Es ist dieser Aspekt der Politisierung, den man als den diskursiven Kampf um die Legitimität internationaler Institutionen bezeichnen kann, der uns in diesem Beitrag besonders interessiert. Dabei erschöpft sich Politisierung gewiss nicht im Ringen um Legitimität. Politische Widerstandspraxen wie Proteste, Demonstrationen und auch handgreifliche Aktionen tragen gewiss ganz wesentlich zur Politisierung bei, und wir werden uns auch nochmals cursorisch auf Demonstrationsdaten beziehen. Doch in den Vordergrund rücken wir im Folgenden die mediale Politisierung via *Legitimationskommunikation*.

Mit der Betonung der Kommunikation über die Legitimität einer politischen Ordnung oder Einrichtung wird schon deutlich, dass hier nicht die in den Internationalen Beziehungen intensiv diskutierte Frage der normativen Anerkennungswürdigkeit⁹ weiter verfolgt werden soll, sondern die empirische Frage nach der Zuschreibung von Legitimität in der politischen Auseinandersetzung. Es geht um die empirischen Prozesse, in denen die Legitimität von Normen und Institutionen generiert, aufrechterhalten, in Frage gestellt und zerstört wird. Legitimität wird damit verstanden als auch graduell veränderbare Resultante kontinuierlich andauernder politischer Kommunikation. Will man diese Kommunikation erforschen, so ist dabei allerdings eine präzisere Fassung der Begrifflichkeit hilfreich: Wir werden deshalb – ähnlich wie Rodney Barker (2001: 22-25) – zwischen Legitimität und Legitimation unterscheiden und die Frage der Anerkennungswürdigkeit unter dem Namen Legitimität verbuchen, die

8 Wir präzisieren den Begriff der Politisierung an dieser Stelle also vor allem mit Blick auf die empirische Überprüfung der oben diskutierten Thesen. Darüber hinaus wäre allerdings eine theoretische Spezifizierung wünschenswert. So ist in den bisherigen Diskussionen z. B. unklar geblieben, ob Politisierung als Alternative zu Judizialisierung und Bürokratisierung verstanden werden sollte, oder ob Judizialisierung und Bürokratisierung zusammen mit Demokratisierung als Teilprozesse der Politisierung zu verstehen sind.

9 Vgl. z. B. Majone (1998); Scharpf (1999); Dingwerth (2003, 2007); Kratochwil (2006); Clark (2007); Føllesdal (2007); Steffek (2007); Breitmeier (2008).

Frage der empirischen Zuschreibung von Legitimität aber als Legitimation bezeichnen (Weber 1980: 19f). Somit ist das Folgende keine Studie zur Legitimität, sondern zur Legitimation der G8.¹⁰ Unseren Untersuchungsgegenstand bildet eine Vielzahl von *Legitimationsaussagen*, aus denen erkenntlich wird, mit welchen Begründungen die Legitimität der G8 bekräftigt oder bestritten wird. Im Netz dieser Aussagen wird schließlich deutlich, inwieweit man von einer diskursiven Politisierung der G8 sprechen kann und welche Positionen und Argumente dabei eine wichtige Rolle spielen.

Drittens gilt es zu erläutern, wonach genau wir im empirischen Diskursmaterial suchen, d. h. wie die Untersuchung der Politisierung der G8 operationalisiert wird. Drei Bedingungen müssen erfüllt sein, um von einer Politisierung der G8 zu sprechen: Zunächst ist es nur sinnvoll, von der Politisierung einer Institution zu sprechen, wenn dieser auch ein Mindestmaß an diskursiver Relevanz zukommt. Die Institution muss also diskursiv präsent sein. Oder genauer: Da Politisierung über Legitimationskommunikation erfasst wird, muss sich eine derartige Kommunikation auch in nennenswertem Ausmaß nachweisen lassen. Von Politisierung kann des Weiteren nur dann gesprochen werden, wenn der Institution auch Kritik und diskursiver Widerstand entgegengesetzt wird, d. h. wenn ihre Legitimität in nennenswertem Ausmaß in Zweifel gezogen oder verneint wird. Dass die Legitimität einer Institution in Frage gestellt wird, dass es also zu Legitimationskonflikten kommt, kann als das entscheidende Element der Politisierung im hier untersuchten Sinne verstanden werden. Dieses Element kann nochmals in vier Aspekte von besonderem Interesse untergliedert werden: (a) das Gesamtniveau der Delegitimation der G8, also der Anteil delegitimierender Aussagen an allen Aussagen; (b) die Qualität der Infragestellung, also die Frage, ob man es mit einem für demokratische Verhältnisse normalen Kritikniveau oder mit einer verschärften Politisierung im Sinne einer tiefergehenden Legitimationskrise zu tun hat; (c) die Legitimationskriterien, anhand derer geurteilt wird; und (d) die spezifische Sprecherkonstellation, die sich mit dem Legitimationskonflikt ergibt. Schließlich kann man sinnvollerweise nur dann von einer Politisierung der G8 im Sinne eines *Prozesses* sprechen, wenn eine zeitliche Dynamik der Legitimationskonflikte, d. h. eine quantitative Ausweitung und/oder ihre qualitative Verschärfung festgestellt werden kann. Anderenfalls könnte man zwar von einem *anhaltend hohen Grad* der Politisierung der G8 sprechen, nicht aber von einem *Prozess* der Politisierung. Daher müssen die angesprochenen Aspekte immer auch im Zeitverlauf analysiert werden.

10 Insofern folgen wir Friedrich Kratochwils Überlegung, wonach »the task is *not* to resolve the conceptual ambiguities by definitional fiat [...], but rather to discover the »grammar« of the concept, i.e. show how it functions in political discourse« (Kratochwil 2006: 306, Hervorh. dort).

4. Forschungsdesign und Methode

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf Daten der medialen Legitimationskommunikation und greift kursorisch auf Daten des Legitimationsverhaltens (Protestdaten) zurück; Erhebungen über Bürger- oder Elite-Einstellungen gehen hingegen nicht in das Folgende ein.¹¹ Wir erheben die Legitimationskommunikation, wie sie sich in der meinungsbildenden Qualitätspresse niederschlägt. Dafür haben wir in unseren vier Untersuchungsländern (Schweiz, Deutschland, Großbritannien, USA)¹² jeweils zwei Qualitätszeitungen ausgewählt, die im politischen Spektrum jeweils eher dem Mitte-Rechts- bzw. dem Mitte-Links-Lager zugerechnet werden können. Wir arbeiten mit einer Mischung aus quantitativen und qualitativen, automatisierten und hermeneutischen Verfahren: In einem ersten Schritt wurden für eine Zeitspanne von zehn Zeitungstagen um die G8-Gipfel der Jahre 1998 bis 2007 alle Artikel mit der Nennung der »G8« aus einer elektronischen Datenbank erhoben.¹³ Anschließend wurden diese Artikel im Volltext gelesen und dabei auf Legitimationskommunikation hin ausgewertet und kodiert. Die analytischen Grundeinheiten, die aus dieser Auswertung resultieren, nennen wir *Legitimationsäußerungen*. Dabei handelt es sich um Statements, die sich sinngemäß in die Form der folgenden Legitimationsgrammatik übertragen lassen.

Die wesentlichen Daten, die für insgesamt 2076 Legitimationsäußerungen erhoben wurden und im Folgenden ausgewertet werden, sind also (a) das Legitimationsobjekt (das hier stets die G8 ist); (b) der evaluierte Aspekt dieses Objekts (mit David Easton (1965) unterscheiden wir Evaluierungen von *policies* und *authorities* der G8 sowie des G8-Regimes insgesamt); (c) die positive oder negative Bewertung; (d) die Begründung dieser Bewertung unter Zuhilfenahme eines Legitimationsmusters;¹⁴ sowie schließlich (e) der Sprecher, dem eine Äußerung zugerechnet werden kann.

11 Die Vor- und Nachteile jeder der drei Dimensionen der Legitimationsforschung haben wir an anderer Stelle ausführlich diskutiert (Schneider et al. 2007: 127-133).

12 Die Länderauswahl bietet mit Blick auf den Fall G8 ein gutes Maß an Variation: Das Sample umfasst drei Mitglieder und ein (Nicht-)Mitglied (CH) der G8, das aber gleichwohl durch einen G8-Gipfel (Évian 2003) besonders betroffen war. Repräsentiert sind ein kleines Land (CH), zwei mittelgroße (D, GB) Staaten und ein großes Land (USA). Die Fälle differieren zudem hinsichtlich ihrer eher offenen bzw. parochialen (USA) Mediensysteme. Schließlich dürfen – aus ganz unterschiedlichen Gründen – die Schweiz und die USA eher als multilateralismusskeptisch gelten, Großbritannien und vor allem Deutschland hingegen als vergleichsweise multilateralismusfreundlich. All diese Variablen lassen also vermuten, dass die nationalen Legitimationsdiskurse und -stile rund um die G8 so unterschiedlich sind, dass eine Verzerrung unserer generalisierenden Aussagen durch »selection bias« vermieden wird. Allerdings ist bei der Länderauswahl auch in Rechnung zu stellen, dass wir uns auf den angelsächsischen Raum einerseits und auf den mitteleuropäisch-deutschsprachigen Raum andererseits konzentrieren, damit sind auch nur Medien aus der OECD-Welt repräsentiert.

13 Die untersuchten Zeitungen, die Gipfelorte und -daten, die Untersuchungszeiträume und die Anzahl der elektronisch erhobenen Artikel sind Tabelle A im Anhang zu entnehmen.

14 Unter Legitimationsmustern verstehen wir generalisierende, normativ gehaltvolle Begründungen für die vorgetragenen Bewertungen. Das zugrunde gelegte Kategoriensystem mit insgesamt 26 Mustern wurde teils aus der Sekundärliteratur und teils induktiv aus dem Textmaterial gewonnen (vgl. Fußnote 23).

Tabelle 1: »Legitimationsgrammatik«

Legitimationsobjekt	Bewertung	Legitimationsmuster	Sprecher(in)
Legitimationsobjekt X	ist (nicht) legitim, weil	Begründung Y	, sagt Sprecher Z
Beispiel G8-Policy			
»Trotzdem fehlen in der Deklaration des Gipfels Reduktionsziele und Zeithorizonte. Und noch schlimmer: Die Regierungschefs vermieden es mit Rücksicht auf die USA tunlichst, den Klimawandel als vom Menschen verursacht anzuerkennen.« ¹⁵			
Die Klimapolitik der G8	ist nicht legitim, weil	sie von der G8 nicht effektiv angegangen wird	, sagt Journalist Martin Läubli.
Beispiel G8-Verantwortliche			
»Mit der Rückkehr zu intensiven und ergebnisorientierten Gesprächen im kleinen Kreis hatte sich der kanadische Gastgeber Chrétien offenbar erfolgreich um eine Straffung des Programms bemüht.« ¹⁶			
G8-Präsident Chrétien	ist legitim, weil	seine Führung zu effizientem Verhandeln geführt hat	, sagt die FAZ.
Beispiel G8-Regime als Ganzes			
»The G8 are staying in their compounds but they are hypocritical and cynical, selling their guns, starting wars, detaining and torturing people and adding to the misery.« ¹⁷			
Die G8	ist nicht legitim, weil	sie unglaubwürdig handelt	, sagt der Protestierende Rogelio Sastre-Rosa.

Für die Einordnung der empirischen Ergebnisse spielen im Folgenden die beiden Begriffe *Delegitimationsniveau* und *Legitimationskrise* eine wichtige Rolle. Als *Delegitimationsniveau* bezeichnen wir den Anteil der delegitimierenden Legitimationsäußerungen an allen Legitimationsäußerungen (insgesamt, eines Jahres, in Bezug auf ein bestimmtes Legitimationsmuster etc.). In Studien zur Legitimation von nationalstaatlichen Institutionen hat sich dabei gezeigt, dass ein mittleres Delegitimationsniveau innerhalb lebendiger demokratischer Ordnungen eher als Normalfall gewertet werden kann (vgl. Hurrelmann et al. 2009): Öffentliche Kritik an der gewählten Führung, an einzelnen *policies* und auch an Elementen des demokratischen Institutionengefüges ist ein wesentlicher Teil jedes demokratischen Staatswesens und kann damit als Ausdruck der Politisiertheit der nationalstaatlichen Ebene erwartet werden. Ein erheblich gesteigertes Niveau der Delegitimation drückt aber nicht nur Politisierung aus, sondern auch die ernsthafte Infragestellung einer Institution oder politischen Ordnung. In Anlehnung an unsere Untersuchungen zur Legitimation nationalstaatlicher politischer Ordnungen wollen wir von einer Legitimationskrise im Folgenden dann sprechen, wenn wenigstens zwei Drittel alle Legitimationsäußerungen delegi-

15 »Nicht im Ansatz ein Fortschritt«, in: *Tagesanzeiger*, 9.7.2005.

16 »Russland von 2006 an eine führende Industrienation«, in: *FAZ*, 28.6.2002.

17 »The protester«, in: *Guardian*, 23.7.2001.

timierend sind (Delegitimationsniveau 66 % oder höher). Liegt ein solches krisenhaftes Delegitimationsniveau vor, kann man die Schwere einer Legitimationskrise weiter einschätzen nach der absoluten Anzahl von delegitimierenden Äußerungen (70 delegitimierende von insgesamt 100 Äußerungen wiegen schwerer als sieben von zehn), nach der Dauer, für die das krisenhafte Niveau besteht, sowie danach, wie viele und welche Aspekte eines Legitimationsobjektes delegitimiert werden (wobei die dauerhafte krisenhafte Delegitimierung des G8-Regimes am schwersten wiegen würde).

5. Wachsende Medienaufmerksamkeit bei anhaltender Skepsis

Damit Institutionen überhaupt als politisch relevante, legitime oder nicht legitime Institutionen beurteilt werden können, müssen sie in der öffentlichen Kommunikation Beachtung finden. Solange, mit anderen Worten, eine Institution nicht zum öffentlichen Thema wird, kann man auch nicht von einer Legitimation bzw. Politisierung dieser Institution sprechen. Entscheidend ist dabei, dass es zu einem nennenswerten Ausmaß an bewertender Aufmerksamkeit kommt, unabhängig davon, ob es sich um positiv oder negativ evaluierende Stellungnahmen handelt. Wichtig ist also zuallererst, dass wir es nicht mit einer »a-legitimen« (Steffek 2007: 190), sondern mit einer regelmäßig normativ eingeordneten Institution zu tun haben (vgl. auch Zürn et al. 2008: 107). Die pure Zahl der bewertenden Stellungnahmen ist daher durchaus von politischer Relevanz. Tabelle 2 gibt die Zahl der Legitimationsäußerungen in den vier Untersuchungsländern zwischen 1998 und 2007 an.

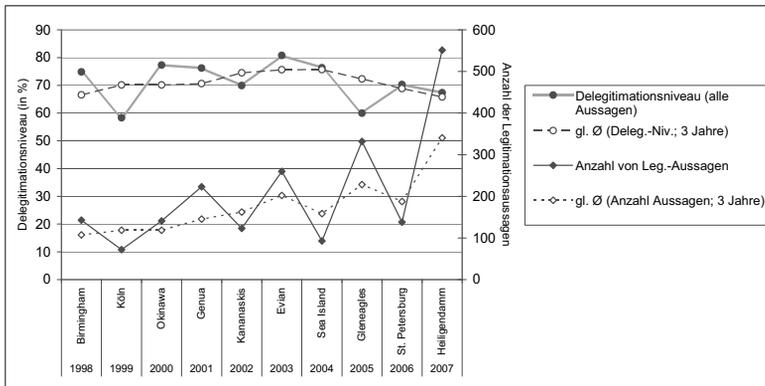
Tabelle 2: Legitimationsäußerungen, nach Land und Jahr

	Jahr	N										
		1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Land	CH	17	9	12	20	12	85	8	17	19	73	272
	DE	49	30	44	75	17	57	30	85	77	365	829
	GB	53	22	63	86	80	102	39	176	21	84	726
	US	24	11	22	42	14	16	16	54	21	29	249
N		143	72	141	223	123	260	93	332	138	551	2076

Aufgrund dieser Zahlen können wir drei Feststellungen treffen: Erstens ist die G8 keine a-legitime Institution, d. h. ihr kommt regelmäßig in nennenswertem Umfang

kritisch bewertende oder unterstützende Medienaufmerksamkeit zu.¹⁸ Zweitens ist die Medienaufmerksamkeit jedoch in unseren vier Untersuchungsländern recht unterschiedlich verteilt. Während sich in amerikanischen bzw. Schweizer Zeitungen über zehn Jahre hinweg 249 bzw. 272 Legitimationsaussagen fanden, waren es in britischen bzw. deutschen Zeitungen mit 726 bzw. 829 zwei- bis dreimal so viele. Man kann vermuten, dass diese Unterschiede darin begründet sind, dass die Wahrnehmung der Bedeutung der G8 durch die jeweiligen Öffentlichkeiten sehr unterschiedlich ist: Während die Schweiz kein Mitglied der G8 ist und die USA zwar Mitglied sind, aber sich weitgehend über die eigene Position als letzte verbliebene Supermacht definieren, ist die G8-Mitgliedschaft für Deutschland und Großbritannien eine Angelegenheit des Prestiges, der Ausweis der eigenen Bedeutung auf der weltpolitischen Bühne. In jedem Fall verdeutlichen diese Ergebnisse aber eines: Es ist Vorsicht angebracht, wenn man sehr allgemein von einem Trend zur Politisierung von internationalen Institutionen bzw. von wachsenden Legitimationsanforderungen an sie spricht. Das Legitimationsgeschehen läuft nicht uniform ab, sondern in den einzelnen nationalen Öffentlichkeiten in recht verschiedenem Ausmaß. Drittens zeigt sich – nimmt man die vier untersuchten Öffentlichkeiten zusammen – im Zeitverlauf von 1998 bis 2007 ein zwar fluktuierender, aber im Trend allmählich zunehmender Umfang der Medienaufmerksamkeit. In der folgenden Abbildung 1 sind die für alle untersuchten Länder aggregierten Zahlen dargestellt:

Abbildung 1: Anzahl von Legitimationsaussagen und Delegitimationsniveau, nach Jahr, aggregiert für alle vier Untersuchungsländer



18 Es ist freilich zu beachten, dass wir in zweierlei Hinsicht die Medienaufmerksamkeit nur eingeschränkt darstellen können: Zum einen geben unsere Zahlen nur die bewertende Medienaufmerksamkeit wieder, d. h. die berichtende und konstatierende Medienaufmerksamkeit wird nicht erfasst. Schlösse man sie mit ein, gäbe es deutlich mehr Aussagen mit G8-Bezug. Zum anderen geben die Zahlen keinen Aufschluss darüber, ob eine Institution im Verhältnis zu anderen Regimes hohe Aufmerksamkeit genießt oder nicht (entsprechende Studien zu anderen internationalen Institutionen folgen jedoch).

Die untere, durchgezogene Kurve zeigt die Entwicklung der Zahl der Legitimationsaussagen über zehn Jahre hinweg. Zuallererst fällt dabei das Fluktuieren der Kurve auf, die seit 2000 einer steten Pendelbewegung folgt. Jenseits dieses Auf und Ab jedoch kann man eine allmähliche Zunahme der Anzahl der Legitimationsaussagen ausmachen, wie die gestrichelte Linie des gleitenden Dreijahresdurchschnitts verdeutlicht. Das Auf und Ab selbst ist aber natürlich bemerkenswert: Offensichtlich haben einzelne G8-Gipfel deutlich mehr kritische Aufmerksamkeit erregt als andere. Sieht man genauer hin, so erkennt man erstens, dass das Interesse an den Gipfeln in Birmingham (1998), Köln (1999) und Okinawa (2000) durchweg noch unterdurchschnittlich war. Als Auslöser für wachsende Medienaufmerksamkeit darf man den von Gewalt überschatteten Gipfel von Genua vermuten, auch wenn die Werte für 2001 selbst weniger stark hervorstechen, als man vielleicht hätte erwarten können. Zweitens ist zu erkennen, dass seit 2001 diejenigen Gipfel, die in Westeuropa (Genua, Évian, Gleneagles, Heiligendamm) stattfanden, stets stärkeren Eingang in die Medienöffentlichkeit fanden als die Gipfel in Nordamerika (Kananaskis und Sea Island) und Russland (St. Petersburg). Bei letzteren war neben einer geringen Intensität des medialen Legitimationsgeschehens auch eine geringe Protestintensität festzustellen, sei es aufgrund der mangelnden Mobilisierbarkeit der lokalen Protestgruppen, der Unzugänglichkeit einiger Gipfelorte¹⁹ oder weil Proteste weitgehend unterbunden wurden wie in Sankt Petersburg. Insofern könnte man von einem Ableitungszusammenhang von Protestintensität und Legitimationsintensität im öffentlichen Diskurs ausgehen. Dies ist allerdings, wie Tabelle 3 zeigt, nur zum Teil der Fall (ein Umstand, der nicht zuletzt auch den analytischen Mehrwert unseres Blicks auf Legitimationskommunikation unterstreicht). Im Untersuchungszeitraum ist die Abhängigkeit der Protestintensität von der Wahl des Gipfelortes recht augenfällig, während die hohe Protestintensität mehrerer Gipfel seit 1998 sich nur bedingt und allmählich in einer entsprechenden Kommunikationsintensität niederschlägt.

Tabelle 3: *Protestintensität, Anzahl bewertender und Anteil kritischer Aussagen (1998-2007)*

Gipfel/Jahr	Demonstrant(innen) (geschätzt) ^a	Protestintensität ^b	# bewertender Aussagen ^c	% kritischer Aussagen ^d
Birmingham 1998	70.000-80.000	hoch	mittel	mittel
Köln 1999	35.000-50.000	mittel	niedrig	mittel
Okinawa 2000	27.000-70.000	hoch	niedrig	mittel
Genua 2001	200.000-300.000	hoch	hoch	hoch

19 Dies trifft für die Gipfelorte Kananaskis und Sea Island zu. Gegen die These, dass die schwere Erreichbarkeit eines Gipfelortes die Protestintensität mindert, spricht jedoch der umfangreiche Protest gegen den Gipfel von Évian, der sich alternative Protestorte suchte, allen voran Genf.

Gipfel/Jahr	Demonstrant(inn)en (geschätzt) ^a	Protestintensität ^b	# bewertender Aussagen ^c	% kritischer Aussagen ^d
Kananaskis 2002	2.000-3.000	niedrig	niedrig	sehr hoch
Évian 2003	30.000-100.000	hoch	hoch	sehr hoch
Sea Island 2004	< 300-1.000	niedrig	niedrig	sehr hoch
Gleneagles 2005	200.000-300.000	hoch	mittel	mittel
Sankt Petersburg 2006	< 1.000	niedrig	niedrig	hoch
Heiligendamm 2007	60.000-80.000	hoch	hoch	mittel

^a Quellen: Baruchel/Dasilva (2005); Dafoe/Lin (2007); Hajnal (2006, 2007); Kirton (2002); Holzapfel/König (2001); Rucht (2002). Jeweils kleinste und größte genannte Zahl.

^b Protestintensität: Niedrig: < 10.000; mittel: zwischen 10.000 und 50.000; hoch: > 50.000 Demonstrant(inn)en.

^c Anzahl bewertender Aussagen: Zugrunde gelegt wurde die Anzahl der Legitimationsaussagen in jedem der zehn Jahre; hoch = Zahl der Aussagen des jeweiligen Jahres im 4. (obersten) Quartil, mittel = Zahl der Aussagen im 3. Quartil, niedrig = Zahl der Aussagen kleiner als der Median.

^d Anteil kritischer Aussagen: Zugrunde gelegt wurde der Prozentsatz delegitimierender Aussagen in jedem der zehn Jahre; sehr hoch = Prozentsatz des jeweiligen Jahres im 4. (obersten) Quartil, hoch = Prozentsatz der Aussagen im 3. Quartil, mittel = Prozentsatz kleiner als der Median.

Blickt man also auf das Ausmaß des bewertenden Medienechos auf die G8, so kann die von Zürn et al. vorgetragene These, dass internationale Institutionen politisiert und zum Gegenstand von Legitimationskommunikation werden, vorsichtig bestätigt werden. Diese Bestätigung gewönne an Qualität mit der Schärfe der Legitimationsauseinandersetzung, weil gemäß der obigen Definition insbesondere die konfrontative, mit negativen Bewertungen einhergehende Auseinandersetzung mit Institutionen für deren Politisierung spricht. Wir haben alle bewertenden Aussagen in unserem Korpus entweder als positive, legitimierende oder als negative, delegitimierende Aussagen eingeordnet. Aggregiert man die Aussagen der einzelnen Jahre des Untersuchungszeitraums von 1998 bis 2007, so erhält man ein relativ eindeutiges Ergebnis: Der Anteil delegitimierender Aussagen bewegt sich in einem Korridor zwischen 58 % (1999) und 81 % (2003) (vgl. Abb. 1, oben) und liegt über alle Untersuchungsjahre hinweg bei 70,4 %. Dies sind, nimmt man die von uns für das Jahr 2004 erhobenen Delegitimationsniveaus nationalstaatlicher Institutionen zum Vergleich, sehr hohe Werte, so dass man von einer deutlich geringeren Legitimation der internationalen Institution G8 sprechen muss (Hurrelmann et al. 2005, 2009). Es ist daher nicht verfehlt zu sagen, dass sich die G8 in einer anhaltenden medialen Vertrauenskrise befindet (Delegitimationsniveau über 66 %). Ausnahmen bilden nur die Jahre 1999 und 2005, in denen das Delegitimationsniveau mit etwa 60 % aber immer noch hoch

ist. Ein Trend hin zu einer erfolgreicheren oder noch weniger erfolgreichen Legitimation lässt sich aber über die zehn Jahre hinweg nicht erkennen.²⁰ Das durchgängig hohe Ausmaß an Delegitimation ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sie als internationale Institution äußerst umstritten ist. Von einem Prozess der Politisierung kann man aber nur insofern sprechen, als die prozentual anhaltend hohe Delegitimierung im Kontext einer absolut steigenden Anzahl von Legitimationsäußerungen größere Sichtbarkeit erhält. Wir haben es also mit einer Politisierung im Sinne der Ausweitung der Legitimationskommunikation zu tun, nicht aber mit einer Politisierung durch eine Verschärfung der Delegitimierung.

Unsere bisherigen Ausführungen sind nun in einer wichtigen Hinsicht zu qualifizieren. Institutionen können auf drei Ebenen bewertet werden: Bewertungen der Institution als solcher – mit Easton (1965) gesprochen: des institutionellen *Regimes* – finden sich neben Bewertungen des politischen Personals, das Ämter innerhalb einer Institution ausfüllt (die Eastonschen *authorities*), und Bewertungen der *policies*, die eine Institution verantwortet. Um zu einem möglichst umfassenden ersten Überblick zu kommen, sind in die oben vorgenommenen Ausführungen sämtliche bewertende Äußerungen auf allen drei Ebenen eingeflossen. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass Bewertungen von *policies* und Amtsinhabern (*authorities*) zwar kritische Einschätzungen bezüglich Institutionen zum Ausdruck bringen, aber im Allgemeinen nicht gleichbedeutend mit einer Infragestellung der Institution als solcher sind. Als *Legitimationsäußerungen im engeren Sinne* verstehen wir deshalb nur Bewertungen auf der Regime-Ebene. Diese machen 1210 der insgesamt 2076 kodierten Aussagen aus (ca. 58 %), die für alle folgenden Auswertungen die Grundgesamtheit bilden.²¹

Im Vergleich der zehn Jahre und vier Länder wird die G8, betrachtet man nur die Bewertungen auf Regime-Ebene, noch kritischer beurteilt (Delegitimationsniveau 76,9 %) als auf Grundlage aller bewertenden Aussagen (70,4 %). Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Delegitimationsniveaus der G8 auf der Regime-Ebene sowie zum Vergleich auch die Entwicklung des Gesamtniveaus und des Niveaus der *policy*-Aussagen (746 oder knapp 36 % aller Aussagen).²² Es fällt auf, dass die G8 auf der Regime-Ebene in acht von zehn Jahren schlechter bewertet wird als auf der *policy*-Ebene (die Ausnahmen sind 1998 und 2000). Die Unterschiede sind zum Teil beträchtlich: So ist etwa 1999 das Delegitimationsniveau auf der *policy*-Ebene bei 56 % und somit im Normalbereich, auf der Regime-Ebene erreicht es mit 71 % Kri-

20 Auch über die vier Vergleichsländer hinweg sind die Unterschiede gering: Das höchste Delegitimationsniveau von 73,8 % ist in Großbritannien festzustellen, das niedrigste von 64,7 % in den USA (Deutschland 68,4 %, Schweiz 72,8 %; jeweils aggregiert über zehn Jahre).

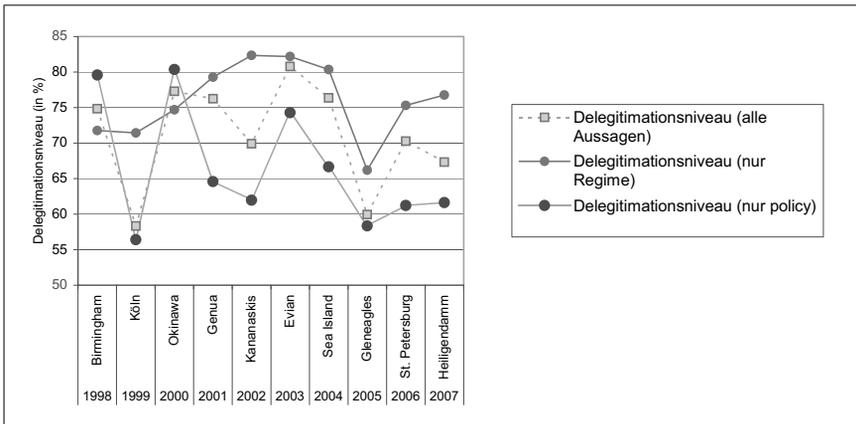
21 Durch die Konzentration auf die Regime-Ebene verschiebt sich auch der Länderanteil an der Grundgesamtheit: Von unseren 1210 Fällen sind 216 (17,9 %) aus der Schweiz, 485 (40,1 %) aus Deutschland, 416 (34,4 %) aus Großbritannien und 93 (7,7 %) aus den USA.

22 Es wurden zudem 120 *authority*-Aussagen (5,8 %) kodiert. Diese vergleichsweise geringe Anzahl erklärt sich aus der restriktiven Kodieranweisung, nur Personen, die dezidiert in ihrer Funktion als G8-Vertreter benannt und beurteilt werden, als G8-*authorities* zu kodieren. Dies traf zumeist nur auf den jeweiligen Vorsitzenden zu.

senniveau. Auf der Regime-Ebene lässt sich die Legitimation der G8 durchgehend als kritisch beschreiben (Delegitimation mindestens 66%).

Folgt man einer Art Eskalationstheorie der Delegitimation, die implizit auch der Unterscheidung von *policies*, *authorities* und Regime in der Eastonschen Theorie zugrunde liegt, müsste die Kritik zunächst die *policies* betreffen. Kritik macht sich zunächst an umstrittenen Themen fest. Erst wenn sich auf dieser Ebene keine Änderung zeigt, greift die negative Bewertung auf die *authorities* über. Und erst wenn deren Wechsel die Situation für die Beobachter nicht verbessert, sollte mit einer Infragestellung der Institution selbst gerechnet werden. Im Fall der G8 ist ein derartiges Eskalationsmuster über die Zeit nicht festzustellen. Unabhängig von der Bewertung der Themen und Probleme, die die G8 aufgreift und in mehr oder minder hoch bewerteten Lösungsansätzen zu bearbeiten sucht, bleibt die Institution, das Regime im Eastonschen Sinne, dauerhaft umstritten. Nicht die Amtsinhaber oder *policies* bilden das Problem, um das sich die öffentliche Debatte primär rankt, sondern die G8 in ihrer Gesamtheit. Die G8 bildet den besonderen Fall einer »freischwebenden«, von *policies* durchaus unabhängigen Institutionenkritik. Damit dürfte die G8 der Musterfall einer Institution sein, die *als Institution* in Frage gestellt wird. Bei ihr liegt eine seit mindestens zehn Jahren anhaltende *genuine Legitimationskrise* vor.

Abbildung 2: Delegitimationsniveaus der G8 als Regime sowie ihrer policies



6. Politisierung der G8 – Argumentationslinien

Wir wollen nun genauer untersuchen, mit welchen Gründen der G8 die Legitimität weitestgehend abgesprochen wird. Es geht also um den argumentativen Zusammenhang der Politisierung. Im Kontext der modernen Demokratie und des Rechtsstaats wäre dabei zu erwarten, dass – neben dem materiellen Ertrag einer Ordnung – insbesondere die Frage eine Rolle spielt, inwieweit die G8 demokratischen und rechts-

staatlichen Kriterien genügt. Vor dem Hintergrund der demokratietheoretischen Debatten zur Legitimität internationaler Institutionen wäre insbesondere damit zu rechnen, dass Argumente wie nicht gegebene Partizipationsmöglichkeiten, mangelhafte Rückführbarkeit von Entscheidungen auf den Volkswillen und intransparente Verfahren eine wichtige Rolle spielen. Im Kontext rechtsstaatlicher Debatten wiederum kann man erwarten, dass Argumente wie die nicht vorhandene rechtliche Grundlage der Institution G8 oder die Parteilichkeit von G8-Entscheidungen vorgebracht werden. Nimmt man den Entwurf von Zürn et al. als Erwartungsmaßstab, so drückt sich die »normativ gehaltvolle Ordnung«, die sich auf internationaler Ebene neu konstituiert, ganz wesentlich darin aus, dass internationale Institutionen ihr politisches Handeln begründen müssen (Transparenz, Deliberation) und dass dieses Handeln den Zielen von Gerechtigkeit und Fairness dient (Zürn et al. 2008: 108). Daneben spielen nach Zürn et al. (2007: 154-157) auch Argumente zur Partizipation und Repräsentativität von Institutionen, zur effektiven Problemlösung und zur Autonomie niederer politischer Einheiten eine Rolle. Man kann diese Argumente zu Argumentationslinien zusammenfassen und sie als Argumente zur Input- (Volkssouveränität, Partizipation, Legalität etc.), zur *Throughput*- (Transparenz, Deliberation, Vermittlung etc.) und zur Output-Legitimität (Gerechtigkeit, Förderung des öffentlichen Wohls, Effektivität, Effizienz etc.) klassifizieren.²³ Erwartbar wäre nach dem Grundtenor vieler theoretischer Debatten und auch nach dem Zürnschen Diktum der »normativ anspruchsvollen Ordnung« ein Vorherrschen von demokratietheoretisch oder rechtsstaatlich begründbaren Input- und *Throughput*-Argumenten sowie von »anspruchsvollen« Output-Argumenten wie Beförderung von »Gerechtigkeit«. Ebenfalls von Bedeutung, aber nicht so zentral sollten dagegen Argumente zu weniger anspruchsvollen Output-Kriterien wie Effektivität oder Effizienz sein.²⁴

In Tabelle 4 ist dargestellt, wie häufig Input-, *Throughput*- und Output-Argumente im medialen Diskurs über die G8 Verwendung finden, welche einzelnen Argumente

-
- 23 Die zur Analyse verwendeten Legitimationsmuster wurden aus dem Abgleich der wissenschaftlichen Literatur zu politischer Legitimation mit den in der Forschungsgruppe erarbeiteten Interpretationen ausgewählter Aussagen aus dem Textsample gewonnen. Insgesamt haben wir für diese Studie 25 verschiedene Legitimationsmuster erhoben und den drei Kategorien Input, *Throughput* und Output folgendermaßen zugeordnet: Partizipation, Handlungsmacht (eine Institution ist legitim, weil sie wirksame Mittel aufbringen kann), Volkssouveränität, Führerschaft, Tradition, Legalität, internationale Legalität, Expertise (*alle Input*); Ernsthaftigkeit der Politik (keine Show), Vermittlung/Ausgleich, Glaubwürdigkeit, sinnvolle Agenda, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Deliberation (*alle Throughput*); Effektivität, Effizienz, Förderung des Gemeinwohls (in einem spezifischen Sinn, Bewertung der G8 als Institution, die (nicht) nur die Interessen ihrer Mitglieder im Sinn hat), Verteilungsgerechtigkeit, Innovation, Schutz der Menschenrechte, Beitrag zur Moralität, Demokratieförderung, Beitrag zur Stabilität, guter internationaler Ruf (*alle Output*). In der wissenschaftlichen Literatur ist umstritten, ob oder in welchem Maße die Legitimität internationaler Institutionen nicht anhand klassisch demokratischer Legitimationsmaßstäbe beurteilt werden kann. Unsere Analysen zeigen nur, das im öffentlichen Diskurs diese klassischen Maßstäbe regelmäßig zur Bewertung internationaler Institutionen herangezogen werden, eine normative Aussage darüber, welche Legitimationskriterien angemessen sind, ist nicht beabsichtigt.
- 24 Vgl. zur qualitativen Auswertung von Input-, *Throughput*- und Output-Argumentationen: Gronau et al. (2009).

innerhalb dieser Sammelkategorien am häufigsten sind (genannt sind jeweils die drei häufigsten Einzelmuster von Input, *Throughput* und Output) und in welchem Ausmaß diese Argumente zur Delegitimierung der G8 beitragen. Auf der aggregierten Ebene erkennt man zunächst, dass Argumente, die sich auf die Input-Legitimität beziehen, insgesamt (über alle vier Länder und zehn Jahre hinweg) nur knapp 20 % aller Beurteilungen des G8-Regimes ausmachen. Interessanterweise wird die Legitimität der G8 deutlich häufiger auf der *Throughput*- und der Output-Ebene diskutiert: Argumente zur *Throughput*-Argumentation machen 33 % und Argumente zur Output-Argumentation 34 % aller Argumente aus. Hinzu kommen noch gut 13 % Bewertungen der G8, die allgemeiner Natur ohne die genaue Angabe eines Grundes sind.

Tabelle 4: Häufigkeit und Delegitimationsniveau von Argumenten zur Bewertung der G8 (nur Aussagen zum Regime G8)

	Legitimationsmuster	Anzahl	% von Input	% von allen	Deleg-niveau
Input	Partizipation	83	34,9	6,9	88,0
	Handlungsmacht	47	19,7	3,9	80,9
	Volkssouveränität	47	19,7	3,9	76,6
	weitere Input-Muster	61	25,6	5,0	75,4
	Input gesamt		239	100,0	19,7
			% von Throughput		
Throughput	ernsthafte Politik (keine Show)	136	34,0	11,2	91,9
	Vermittlung/Ausgleich	85	21,3	7,0	38,8
	Glaubwürdigkeit	60	15,0	5,0	95,0
	weitere Throughput-Muster	119	29,8	9,8	65,5
	Throughput gesamt		400	100,0	33,1
			% von Output		
Output	Effektivität	199	48,5	16,4	85,4
	Effizienz	67	16,3	5,5	92,5
	Förderung des Gemeinwohls	41	10,0	3,4	87,8
	weitere Output-Muster	103	25,1	8,5	75,7
	Output gesamt		410	100,0	33,9
Andere	kein explizites Muster	162		13,4	60,5
Alle Bewertungen		1210		100,0	76,9

Betrachten wir nun einzelne Legitimationsmuster, so fällt auf der Input-Ebene auf, dass dort nicht nur die klassischen, demokratietheoretischen oder rechtsstaatlichen Argumente wie Volkssouveränität, Partizipation und legale Konstituiertheit der Institution auftreten. Diese bilden zusammen genommen gut die Hälfte aller input-bezogenen Argumente und prägen nur 11,8 % aller Legitimationsäußerungen (darunter das Argument »Partizipation« mit 6,8 und das Argument »Volkssouveränität« mit 3,9 Prozentpunkten). Daneben finden sich aber auch Argumente, welche die Legitimität der G8 danach beurteilen, welche Fähigkeiten dort zur Verfügung stehen und eingesetzt werden, z. B. Handlungsmacht (3,9 %) und Führungskompetenz (2,6 %).

Im Bereich der *Throughput*-Legitimation stößt man auf eine Überraschung: Die genuinen demokratietheoretischen *Throughput*-Kriterien Transparenz (4,5 %) und Deliberation (1,4 %) sind in ihrer expliziten Form unter den drei am häufigsten verwendeten Argumentationen nicht zu finden. Mit Abstand am häufigsten wird die G8 auf der *Throughput*-Ebene danach bewertet, ob sie ernsthafte Politik betreibt oder nur eine Showveranstaltung ist (11,2 %). Die G8 erscheint also als eine Institution, deren Status zwischen Politik und Theater noch nicht ganz geklärt ist. Es folgen die Kriterien »Vermittlung/Ausgleich« (im Sinne diplomatische Mäßigung bzw. der Qualität der G8, ein Gesprächsforum zu bieten) (7,0 %) und »Glaubwürdigkeit« (5,0 %).

Die Output-Ebene der Argumentation wird ganz klar dominiert von der Evaluierung der G8 nach den formalen Maßstäben von Effektivität (16,4 %; Effektivität ist damit das häufigste *aller* Legitimationsmuster) und Effizienz (5,5 %). Normativ besonders aufgeladene, output-bezogene Evaluationskriterien finden hingegen verhältnismäßig selten Verwendung: so z. B. die Förderung des Gemeinwohls mit 3,4 %, Verteilungsgerechtigkeit mit 2,5 % und der Schutz der Menschenrechte mit 1,5 %.

Es ist weiter zu prüfen, ob sich das oben festgestellte hohe Delegitimationsniveau der G8 und damit ihre kommunikative Politisierung in ähnlicher Weise auf die ganze Palette möglicher Beurteilungskriterien zurückführen lässt oder ob bestimmte Argumente ganz besonders die Politisierung befördern und der Kritik der G8 dienen. Auf der aggregierten Ebene wird die G8 am kritischsten anhand von Output-Argumenten beurteilt (84,4 % aller Äußerungen sind delegitimierend); etwas niedriger, aber immer noch sehr hoch sind die Delegitimationsniveaus in den Bereichen der Input- (81,1 %) und der *Throughput*-Legitimation (73,3 %). Unter den am häufigsten verwendeten einzelnen Legitimationsmustern sind die Delegitimationsniveaus der G8 am höchsten mit Verweis auf die Glaubwürdigkeit (95,0 %), die Effizienz (92,8 %) und die Ernsthaftigkeit der von ihr betriebenen Politik (91,9 %). Da das kritische Potenzial einer Argumentation sich neben dem Anteil delegitimierender Äußerungen auch noch in der Gesamtzahl der Äußerungen, die diese Argumentation aufnehmen, ausdrückt, kommt auch dem am häufigsten verwendeten Muster »Effektivität« große delegitimierende Bedeutung zu, selbst wenn hier das Delegitimationsniveau mit 85,5 % etwas niedriger ist. Eine Ausnahme bildet das Argumentationsmuster »Vermittlung/Ausgleich«, das als einziges der oft verwendeten Muster eine deutlich legitimierende Funktion hat (Delegitimationsniveau mit 38,8 % klar unter 50 %). Ansonsten fallen nur noch die allgemeinen Bewertungen ohne Bezug auf ein klares Argumentationsmuster etwas milder aus: Sie sind zu 60,5 % delegitimierend.

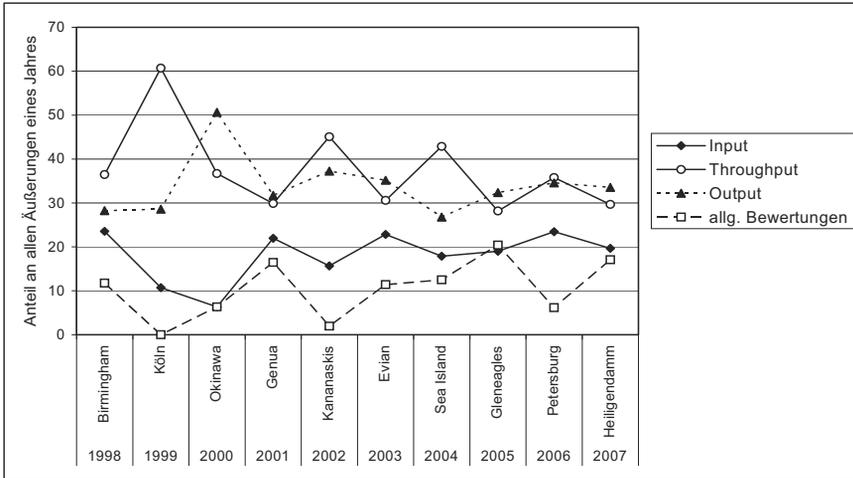
Man kann zusammenfassen, dass die G8 über die zehn Jahre von 1998 bis 2007 hinweg nicht nur am häufigsten, sondern auch am kritischsten nach ihrem Output beurteilt wird. Von den konkreten Kriterien, die am häufigsten zur Evaluierung angewendet werden, werden mit einer Ausnahme (Vermittlung/Ausgleich) alle in sehr hohem Ausmaß zur Delegitimierung der G8 verwendet. Interessant ist dabei allerdings, dass von den Legitimationskriterien, die im Kontext von demokratie- oder rechtsstaatstheoretischen Debatten oft diskutiert werden – insbesondere Volkssouveränität, Partizipation, Legalität, Transparenz, Deliberation –, nur dem Kriterium der Partizipation (und eingeschränkt jenem der Volkssouveränität) eine gewichtige

kritische Rolle zufällt (hoher Anteil und hohes Delegitimationsniveau). Doch auch mit diesem Argument verbindet sich oft keine klassische demokratietheoretische Kritik, weil es ähnlich häufig zur Kritik mangelnder Beteiligungsmöglichkeiten von Staaten, die nicht G8-Mitglieder sind, verwendet wird wie zur Kritik fehlender Kanäle der Bürgerbeteiligung. Die kommunikative Politisierung der G8 in der Qualitätspresse beruht hingegen vor allem auf zwei Argumentationslinien, deren Prominenz vor der Folie der vorliegenden Theoreme zur Politisierung internationaler Institutionen in dieser ausgeprägten Form nicht zu erwarten war: auf der Kritik der Effektivität der G8 einerseits und auf der Missbilligung ihres Showcharakters bzw. der Nicht-Ernsthaftigkeit ihrer Politik andererseits.

Die Legitimationskrise der G8 beruht mithin nicht vorrangig auf der Infragestellung des nicht-demokratischen, bloß intergouvernementalen und Club-Charakters dieser Einrichtung. Vielmehr dominiert eine Kritik, welche die Erfolgsträchtigkeit und Ernsthaftigkeit des gesamten Unternehmens in Frage stellt. Diese Institution gilt als genuin illegitim, weil sie mit hohem Aufwand nicht lösungsförderlich wirkt. Die G8 steht in der Öffentlichkeit als *ineffektive Showveranstaltung* da, die zudem noch partizipationsfeindlich und intransparent ist. Bemerkenswert ist, dass sich diese Kritik am Regime der G8 nicht von den konkreten Ergebnissen in einzelnen Politikfeldern irritieren lässt. Unabhängig vom Grad der *policy*-Kritik scheint festzustehen, dass die G8 zu *policy*-Lösungen nichts Wesentliches beitragen kann.

Diese Ergebnisse bestätigen sich auch im Zeitverlauf. Abbildung 3 zeigt die Anteile der aggregierten Legitimationsmuskategorien. Man erkennt deutlich, dass Input-Argumente in jedem der zehn Untersuchungsjahre eine geringere quantitative Bedeutung haben als *Throughput*- und Output-Argumente, wobei letztere etwa gleichwertig vertreten sind. Wie oben dargestellt, finden innerhalb der drei aggregierten Legitimationsmuster die einzelnen Muster Partizipation, ernsthafte Politik und Effektivität am häufigsten Verwendung. Abbildung 4 zeigt die prozentuale Häufigkeit dieser Muster im Zeitverlauf. Hier sind drei Ergebnisse hervorzuheben: Erstens ist die hohe Bedeutung des Legitimationsmusters »Effektivität« über die Jahre hinweg relativ konstant. Zweitens existiert ein loser negativer Zusammenhang zwischen Effektivitäts- und Partizipationsargumenten, da beide Kurven eine fast durchgehend gegenläufige Entwicklung zeigen: Wenn Effektivitätsargumente häufiger verwendet werden, kommen Partizipationsargumente seltener zum Einsatz und umgekehrt. Dies ist ein Indiz dafür, dass es eine Konkurrenzbeziehung zwischen input- und output-orientierten Argumentationen gibt. Drittens schließlich zeigt sich, dass die Verwendung des Musters »ernsthafte Politik«, das ja üblicherweise im Sinne von »keine ernsthafte Politik« delegitimierend eingesetzt wird, seit dem Jahr 2001 in interessanter Weise schwankt: Es kommt bei jenen Gipfeln verhältnismäßig selten zum Einsatz, in denen die Protestintensität am höchsten ist: Genua, Évian, Gleneagles und Heiligendamm (vgl. Tab. 3). Zugleich wird seit dem Jahr 2001 der Showcharakter immer dann besonders betont, wenn die Gipfel eine niedrige Protestintensität und ein geringes kritisches Medieninteresse hervorriefen: Kananaskis, Sea Island und St. Petersburg (vgl. oben Tab. 3 und Abb. 2). Mit wachsendem Ausmaß der Proteste scheint die G8 also interessanterweise medial als ernsthaftere Institution wahrgenommen zu werden.

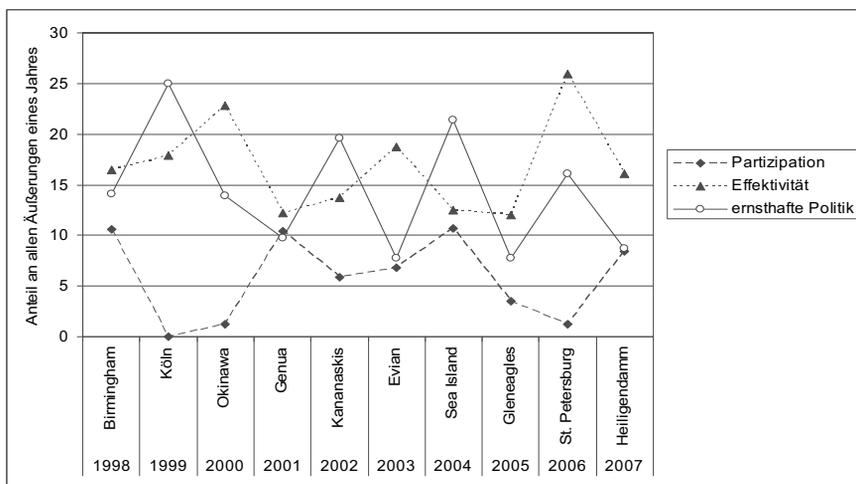
Abbildung 3: Anteil der aggregierten Begründungsmuster im Legitimationskampf um die G8



In Variation des Sprichworts »Viel Feind, viel Ehr« tragen die Proteste, die gewiss primär auf die Delegitimation der G8 hinzielen, somit in bestimmter Hinsicht auch zu ihrer Legitimation bei.²⁵

25 Neben der prozentualen Häufigkeit, mit der es überhaupt eingesetzt wird, bemisst sich das kritische Gewicht eines Arguments auch nach seinem Delegitimationsniveau. Da dieses bei den drei hier genauer beleuchteten Argumenten über die zehn Jahre hinweg durchgehend sehr hoch ist – mit einer Ausnahme liegen die dreißig Werte alle bei wenigstens 76 % – verzichten wir hier jedoch auf eine detailliertere Darstellung. Eine Ausnahme stellt das Legitimationsmuster »Partizipation« im Jahr 2002 mit einem Delegitimationsniveau von 67 % dar.

Abbildung 4: Anteil der Begründungsmuster



7. Wer streitet? Die Sprecher des G8-Diskurses

Der G8-Diskurs wird in den untersuchten Qualitätszeitungen ganz wesentlich von der vierten Gewalt getragen, also von Sprechern, die man der Presse selbst zuordnen kann. Wie Tabelle 5 zeigt, stammen gut 60 % der 1210 Aussagen, die das G8-Regime beurteilen, von Journalisten. Die zweitgrößte Sprechergruppe (25,5 %) sind Zivilgesellschaftsakteure, zu denen Wissenschaftler, Kulturschaffende (z. B. die »Celebrity Diplomats« Bono und Bob Geldof) und »einfache Bürger« zählen, deren bedeutendste Untergruppe aber aus den Vertretern von Nichtregierungsorganisationen besteht (10,9 % von allen). Die drittgrößte Gruppe, auf die jedoch lediglich noch 8,8 % aller wertenden Aussagen entfallen, sind nationale Politiker. Sogar nur 1,7 % der Aussagen stammen von politisch Verantwortlichen, die nicht in ihrer Funktion als nationale Politiker, sondern als Vertreter der G8 sprechen. Sieht man von den Journalisten selbst ab, so ergibt sich das interessante Ergebnis, dass der Großteil der Akteure, die in diesem Forum zu Wort kommen, nicht die Gestalter des G8-Prozesses (G8-Vertreter und nationale Politiker) sind, sondern zivilgesellschaftliche Akteure, v. a. Vertreter der NGOs, die den Prozess von außen betrachten und analysieren. Und diese äußeren Betrachter sind überaus kritisch eingestellt: Genau neun von zehn Äußerungen von Zivilgesellschaftsakteuren sind delegitimierender Natur. Wenig überraschend ist, dass aus dieser ohnehin schon sehr skeptischen Gruppe die Untergruppe derjenigen, die anlässlich der G8-Gipfel demonstrieren, die weitaus kritischste darstellt (auf einem Delegitimationsniveau von 97,6 %). Doch auch die Journalisten, also die zahlenmäßig weitaus größte Gruppe, delegitimiert die G8 zu nahezu 80 %. Im krassen Gegensatz hierzu stehen die Vertreter der G8 selbst, die mit keiner einzigen G8-kri-

tischen Äußerung zitiert werden. Und auch diejenigen Politiker, die jeweils dem Regierungslager zuzurechnen und damit meistens an den Gipfeln unmittelbar beteiligt sind, sehen die G8 in wesentlich hellerem Licht (Delegitimationsniveau von 25,6 %). Die Konstellation des kommunikativen Legitimationsverhaltens der jeweiligen Sprechergruppen spricht somit zweifellos dafür, von einer Politisierung der G8 auszugehen. Denn unter einer Politisierung hatten wir oben einen Prozess verstanden, in dem Akteure, die einer politischen Institution nahe stehen bzw. in ihr mitwirken, diese verteidigen, während sie insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteuren und der veröffentlichten Meinung attackiert wird. Genau das lässt sich mit den gezeigten Zahlen im Fall der G8 gut nachweisen.

Tabelle 5: Beteiligung von Sprechergruppen am G8-Diskurs, Häufigkeit und Delegitimationsniveau (nur Aussagen zum Regime G8)

	Gesamt	% von allen	% von Nicht-Journalisten	Deleg.-Niveau
Journalisten	728	60,2	—	79,0
Politiker(innen) (national)^a	106	8,8	22,0	35,8
davon ...				
... aus dem des Regierungslager	82	6,8	17,0	25,6
... aus dem Oppositionslager	16	1,3	3,3	75,0
... weitere	8	0,7	1,7	62,5
Vertreter(innen) intern. Organisationen	29	2,4	6,0	17,2
davon G8-Sprecher ^b	21	1,7	4,4	0,0
Zivilgesellschaftsakteure	309	25,5	64,1	90,0
davon ...				
... Vertreter(innen) von NGOs	132	10,9	27,4	93,9
... einzelne Bürger ^c	49	4,0	10,2	95,9
... Demonstrant(inn)en	42	3,5	8,7	97,6
... weitere	86	7,1	17,8	76,7
Sonstige	38	3,1	7,9	89,5
Alle Sprecher	1210	100,0	100,0	76,9

^a Hierunter fallen alle Sprecher, die in ihrer Funktion als politisch Verantwortliche eines Nationalstaats auftreten (unter Einschluss von z.B. Richter(innen) und Bürokrat(innen), die nicht der Regierung oder Opposition zuzuordnen sind). Zum allergrößten Teil sind dies Politiker(innen) desjenigen Staates, in dem die jeweils untersuchte Zeitung erscheint.

^b Dies sind für gewöhnlich die jeweiligen G8-Vorsitzenden.

^c »Einzelne Bürger« im Sinne von Interviewpartnern, Leserbriefschreibern o. Ä.

Genau genommen belegen diese Zahlen jedoch noch nicht einen Prozess der Politisierung, sondern nur einen anhaltend hohen Grad an Politisiertheit der G8 im Zehnjahreszeitraum. Gibt es eine zeitliche Dynamik in den Sprecherpositionen, die uns auch von einer Politisierungstendenz sprechen ließe? Um dieser Frage nachzugehen, haben wir vereinfachend die G8-Vertreter und die Vertreter der nationalen Regierungslager zu einem Block der Verteidiger zusammengefasst und ihn den Zivilgesellschaftsakteuren als Block der Kritiker gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung im Zehnjahresverlauf zeigt jedoch nicht den Trend, den man im Fall einer Politisierung erwarten dürfte: Weder verschärfen die G8-Gegner ihre Kritik, noch nimmt die Vehemenz der G8-Verteidiger seitens ihrer wenigen Freunde zu. Entsprechend gibt es auch keine Dynamik bzw. Verschärfung der Konfrontation zwischen beiden Blocks. Die Konfrontation bleibt durchgehend auf unverändert hohem Niveau erhalten. Die Legitimationslage und der Politisierungsgrad der G8 sind über einen Zeitraum von zehn Jahren mithin stabil.

8. Resümee

Nimmt man die Legitimationskommunikation, wie sie in der Qualitätspresse der Schweiz, Deutschlands, Großbritanniens und der USA stattfindet, als Maßstab, so spricht vieles dafür, von einer Politisierung der G8 zu sprechen. Wir konnten erstens feststellen, dass die G8 eine beachtliche Rolle als Legitimationsobjekt spielt, dass sie mithin nicht unbeachtet, ungerechtfertigt und damit a-legitim ist. Zweitens wird die Legitimität der G8, und zwar sowohl ihrer *policies* wie auch der G8 als Regime, intensiv in Frage gestellt. Die Kritik am G8-Regime erreicht ein solches Ausmaß, dass man für den Zeitraum zwischen 1998 und 2007 von einer anhaltenden Legitimationskrise sprechen kann. Der Legitimationskonflikt manifestiert sich in einer Konfrontation klarer Gegenpositionen: Während die nationalen Regierungsvertreter und die G8-Repräsentanten selbst die Gruppe der Acht weitestgehend in Schutz nehmen, können ihr insbesondere die Presse und die Vertreter der Zivilgesellschaft nur sehr wenig abgewinnen und stellen ihre Legitimität anhaltend in Zweifel. Die Maßstäbe, nach denen die G8 beurteilt wird, bzw. die Argumente, mit denen der Legitimationskampf ausgetragen wird, sind allerdings nur zum Teil diejenigen, die man vielen Demokratie- oder Rechtsstaatstheorien folgend erwarten würde: Das bedeutendste Kriterium ist das der Effektivität, die der G8 weitestgehend abgesprochen wird. Spiegelbildlich hierzu wird ihr regelmäßig vorgeworfen, keine ernsthafte Politik zu betreiben, sondern nur Politikshow oder »photo opportunity« zu sein. Die klassischen demokratietheoretischen Kritiken an der G8 – mangelnde Partizipationsmöglichkeiten, Aushebelung der Volkssouveränität, keine Transparenz etc. – spielen hingegen eine überraschend geringe Rolle. Zudem wird von Partizipation oft im Sinne der Partizipation von Staaten, nicht von Bürgern gesprochen.

In einer dritten, temporalen Hinsicht kann man allerdings nur eingeschränkt von Politisierung sprechen: In unserem Zehnjahreszeitraum konnten wir keine klare Dynamik zu einer Verschärfung der politischen Umstrittenheit ausmachen. Allenfalls

die quantitative Ausweitung der Legitimationskommunikation insgesamt bei anhaltend hohem Delegitimationsniveau erlaubt eine dynamische Lesart. Das Delegitimationsniveau selbst lässt ebenso wenig einen Trend zur Verschärfung erkennen wie die Kluft zwischen den Sprecherblöcken. Dies mag vielleicht auch daran liegen, dass das Delegitimationsniveau schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums recht hoch war und die Kluft zwischen den Parteien schon deutlich zu Tage trat. Daher kann man mit Blick auf die G8 eher von einem langjährig hohen Grad an Politisierung als von einem Entwicklungsprozess der Politisierung sprechen.

Der Fall G8 gibt uns somit einige weitere Indizien, wie sich die Politisierung internationaler Institutionen erklären lässt: Politisierung ist nicht von einem einzigen strukturellen Merkmal einer Institution (so ihrem Grad an Supra- oder Transnationalisierung) abhängig. Symbolträchtigkeit und Überschaubarkeit einer Institution bilden weitere für Politisierungsprozesse einflussreiche Faktoren. Die G8 ist durch das periodische Zusammentreffen der mächtigsten Staatschefs eine äußerst symbolträchtige Institution, die auch selbst hohen Wert auf Inszenierung legt (vgl. auch Gronau et al. 2009). Eng hiermit verbunden ist das vergleichsweise einfach zu überschauende Erscheinungsbild: Wo etwa das System der Vereinten Nationen oft als schier undurchdringliches Geflecht von anonymen Institutionen konstruiert wird, treten bei G8-Treffen acht Staats- und Regierungschefs sehr plastisch und greifbar als »Übeltäter« oder »Hoffnungsträger« in Erscheinung. Im Angesicht der G8 erscheint internationale Politik als relativ wenig komplex, ein Eindruck, der gerade durch die schwache institutionelle Ausgestaltung befördert wird. Entscheidend dürfte aber sein, dass Überschaubarkeit und thematische Allkompetenz zusammentreffen. Erzeugt schon die personale Zusammensetzung der G8 weitreichende Zuständigkeitsprojektionen, so befördert die ständige Ausdehnung der Themen durch die Gipfelteilnehmer selbst die Erwartung, dass hier eine Einrichtung vorhanden ist, die für die *Lösung der Weltprobleme* umfassend zuständig ist. Diese Fiktion einer Allzuständigkeit, die bisher nur mit dem Nationalstaat, vielleicht in Grenzen noch mit der UN verbunden werden konnte, trägt unseres Erachtens entscheidend zu dem hohen Grad an Politisierung einer internationalen Institution bei. Während bei internationalen Institutionen, die auf engere Aufgabengebiete bezogen und damit funktional spezifiziert sind, immer die Möglichkeit des fachlich-bürokratischen und expertokratischen Auffangens von Legitimationsanforderungen besteht, gilt dies für funktional entgrenzte Einrichtungen nicht. Die Kombination von Symbolhaftigkeit, Übersichtlichkeit und Allzuständigkeit erleichtert es kritischen Akteuren, Infragestellung und Protest zu organisieren, und macht so die G8 zu einem idealen Politisierungsobjekt globalen Regierens.

Literatur

- Barker, Rodney 2001: Legitimizing Identities: The Self-Presentations of Rulers and Subjects, Cambridge.
- Baruchel, Hanna et al. 2005: Global Civil Society Action at the 2005 G8 Summit, in: <http://www.g8.utoronto.ca/evaluations/csed/csed2005.pdf>, 1.12.2008.
- Bayne, Nicholas 2005: Concentrating the Mind: Summit Process, in: Bayne, Nicolas (Hrsg.): Staying Together: The G8 Summit Confronts the 21st Century, Aldershot, 191-212.
- Breitmeier, Helmut 2008: The Legitimacy of International Regimes, Farnham.
- Brock, Lothar 2007: Zauberlehrlinge, oder: Die List der (Un-)Vernunft in den internationalen Beziehungen. Eine Replik auf Zürn et al., in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14: 1, 165-174.
- Clark, Ian 2007: Legitimacy in International or World Society?, in: Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens (Hrsg.): Legitimacy in an Age of Global Politics, Basingstoke, 193-210.
- Cooper, Andrew F. 2008: The Heiligendamm Process: Structural Recording and Diplomatic Agency, in: Cooper, Andrew F./Antkiewicz, Agata (Hrsg.): Emerging Powers in Global Governance: Lessons from the Heiligendamm Process, Waterloo, 1-18.
- Dafoe, Joanna/Lin, Miranda 2007: The Choreography of Resistance: Civil Society Action at the 2007 G8 Summit, in: <http://www.g8.utoronto.ca/evaluations/csed/choreography.pdf>, 1.12.2008.
- Deitelhoff, Nicole 2007: Was vom Tage übrig blieb. Inseln der Überzeugung im vermachteten Alltagsgeschäft internationalen Regierens, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt, 26-56.
- Dingwerth, Klaus 2003: Globale Politiknetzwerke und ihre demokratische Legitimation. Eine Analyse der Weltstaudammkommission, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 1, 69-109.
- Dingwerth, Klaus 2007: The New Transnationalism: Transnational Governance and Democratic Legitimacy, Basingstoke.
- Dobson, Hugo 2007: The Group of 7/8, London.
- Easton, David 1965: A Systems Analysis of Political Life, New York.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias/Zürn, Michael 2007: Die Politisierung internationaler Institutionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 57: 20-21, 24-30.
- Føllesdal, Andreas 2007: Legitimacy Deficits Beyond the State: Diagnoses and Cures, in: Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens (Hrsg.): Legitimacy in an Age of Global Politics, Basingstoke, 211-228.
- Fratianni, Michele/Savona, Paolo/Kirton, John J. 2007: Corporate, Public and Global Governance: The G8 Contribution, Aldershot.
- Gerring, John/Seawright, Jason 2007: Techniques for Choosing Cases, in: Gerring, John (Hrsg.): Case Study Research, Cambridge, 86-150.
- Gronau, Jennifer/Nonhoff, Martin/Nullmeier, Frank/Schneider, Steffen 2009: Spiele ohne Brot? Die Legitimationskrise der G8, in: Leviathan 37: 1, 117-143.
- Gstöhl, Sieglinde 2005: Gipfeltreffen und Theorien der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 15: 2, 395-418.
- Gstöhl, Sieglinde 2007: Governance Through Government Networks: The G8 and International Organizations, in: Review of International Organizations 2: 1, 1-37.
- Hajnal, Peter I. 2007: Summity from G5 to L20: A Review of Reform Initiatives, (CIGI Working Paper No. 20), Waterloo.
- Hajnal, Peter I. 2006: Civil Society, the United Nations, and G7/8 Summity, in: Kirton, John/Hajnal, Peter I. (Hrsg.): Sustainability, Civil Society and International Governance, Aldershot, 279-319.

- Holzapfel, Miriam/König, Karin* 2001: Chronik der Antiglobalisierungsproteste, in: *Mittelweg* 36: 6, 24-34.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary* 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 39: 1, 1-23.
- Hurrelmann, Achim/Krell-Laluhová, Zuzana/Lhotta, Roland/Nullmeier, Frank/Schneider, Steffen* 2005: The Democratic Nation State: Erosion, or Transformation, of Legitimacy?, in: *Leibfried, Stephan/Zürn, Michael* (Hrsg.): *Transformations of the State?*, Cambridge, 119-137.
- Hurrelmann, Achim/Krell-Laluhová, Zuzana/Nullmeier, Frank/Schneider, Steffen/Wiesner, Achim* 2009: Why the Nation State Is Still Legitimate: A Study of Public Discourse, in: *European Journal of Political Research* 48: 4, 483-515.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian* 2005: *Modernization, Cultural Change and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge.
- Kirton, John J.* 2002: Guess Who Is Coming to Kananaskis, in: *International Spectator* 29: 2, 161-176.
- Kratochwil, Friedrich* 2006: On Legitimacy, in: *International Relations* 20: 3, 302-308.
- Majone, Giandomenico* 1998: Europe's »Democratic Deficit«: The Question of Standards, in: *European Law Journal* 4: 1, 5-28.
- Nölke, Andreas* 2007: Für eine politische Theorie politischer Ordnungsbildung jenseits des Nationalstaats. Eine Replik auf Zürn et al., in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14: 1, 191-200.
- Nonhoff, Martin* 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«. Bielefeld.
- Rucht, Dieter* 2002: Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen, in: *Walk, Heike/Boehme, Nele* (Hrsg.): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster, 57-82.
- Scharpf, Fritz* 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a. M.
- Schmitter, Philippe C.* 1969: Three Neofunctional Hypotheses about International Integration, in: *International Organization* 23: 1, 161-166.
- Schneider, Steffen/Nullmeier, Frank/Hurrelmann, Achim* 2007: Exploring the Communicative Dimension of Legitimacy: Text Analytical Approaches, in: *Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens* (Hrsg.): *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke, 126-155.
- Steffek, Jens* 2007: Legitimacy in the International Relations: From State Compliance to Citizen Consensus, in: *Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens* (Hrsg.): *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke, 175-192.
- Weber, Max* 1980: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Tübingen.
- Wiener, Antje* 2007: Das Normative in der Internationalen Politik. Unsichtbare Konsequenzen von Institutionenbildung? Eine Replik auf Zürn et al., in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14: 1, 183-189.
- Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Binder, Martin* 2008: Ordnung wider Willen. Eine Antwort auf unsere Kritiker, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 15: 1, 101-112.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Karin* 2007: Politische Ordnungsbildung wider Willen, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 14: 1, 129-165.

Anhang

Tabelle A: Übersicht G8-Gipfel 1998-2007, Zeitfenster und Artikelzahlen

Land	Zeitung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		09.05- 20.05	12.06- 23.06	15.07- 26.07	14.07- 25.07	22.06- 03.07	28.05- 07.06.03	05.06- 16.06	02.07- 13.07	08.07- 19.07	02.06- 13.06
	Birmingham		Köln	Okinawa	Genua	Kanmasskis	Evia	Sea Island	Glenegles	Sankt Peters- burg	Heiligendamm
CH	NZZ	15	23	16	40	17	79	17	34	38	41
		33,3	21,7	25,0	12,5	17,6	15,2	11,8	14,7	13,2	24,4
TA		---	2	2	24	13	59	16	35	34	48
		(3)	0	0	12,5	30,8	30,5	18,8	14,3	23,5	33,3
DE	FAZ	42	73	49	88	49	57	37	77	82	181
		28,6	13,7	20,4	19,3	20,4	25,5	21,6	19,5	23,2	36,0
	SZ	60	55	66	74	39	58	30	79	110	238
		15,0	16,4	15,2	21,6	10,3	25,9	33,3	25,3	11,8	25,2
GB	GRD	70	49	44	83	59	109	67	293	97	142
		24,3	22,4	29,5	21,7	28,8	16,5	25,4	15,4	10,3	14,8
	TMS	59	39	44	60	35	71	41	131	59	61
		10,2	7,7	6,8	13,3	20,0	12,7	9,8	13,7	6,8	18,0
US	WP	29	22	41	35	15	23	48	41	52	28
		24,1	9,1	14,6	17,1	13,3	8,7	18,8	29,3	5,8	7,1
	NYT	23	9	9	18	11	25	14	18	25	16
		8,7	11,1	11,1	50,0	18,2	12,0	14,3	33,3	16,0	31,3

Anmerkungen: Gerade gesetzte Zahlen = Trefferzahlen der automatischen Suchabfrage, kursiv = % relevante Artikel. CH = Schweiz, DE = Deutschland, GB = Großbritannien, US = Vereinigte Staaten; NZZ = Neue Zürcher Zeitung, TA = Tagesanzeiger, FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, SZ = Süddeutsche Zeitung, GRD = Guardian, TMS = Times, NYT = New York Times, WP = Washington Post. Artikel wurden mit Hilfe der Datenbank Factiva gezogen – Ausnahmen: FAZ 1998-2006 (CD-ROM), 2007 (elektronisches Archiv); TA 1998 (Zeitungsarchiv).